

Ulrich Schachtschneider¹

Nachhaltige Entwicklung = grüner Kapitalismus? Die Linke im Post-Rio-Diskurs

Nachhaltige Entwicklung: Ein Leitbild betritt die Weltbühne

Mit der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio 1992 erklomm ein neues Leitbild die große Bühne der Weltgeschichte: „Nachhaltige Entwicklung“. In der weltpolitischen Debatte tauchte „Sustainable Development“ bzw. „nachhaltige Entwicklung“ allerdings schon etwas früher, erstmals in der 1980 veröffentlichten World Conservation Strategy (WCS) der IUCN² auf, die globale Umweltzerstörungen einerseits und grundlegende Entwicklungsprobleme andererseits thematisiert. Vorher hatte schon 1972 die UN Conference on Human Environment erstmals auf internationaler Ebene Umwelt- und Entwicklungsfragen gemeinsam gestellt, angeregt nicht zuletzt durch den Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“, der erstmals eine breitere Weltöffentlichkeit vor der Unmöglichkeit eines „Weiter So“ des Umweltverbrauchs warnte. Ein weiterer Vorläufer war das Konzept des „Ecodevelopment“ der UNEP³ im Jahre 1973, welches Entwicklung als „Nutzung aller regionalspezifischen Potentiale bei Erhaltung der ökologischen Systeme und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen“ verstand. Auf einer Tagung von UNEP und UNCTAD⁴ in Cocoyok 1974 kam der umweltschädigende Konsum im Norden mit ins Visier: In der Schlusserklärung werden neben dem „Fehlzustand“ der Unterentwicklung auch „zu sehr auf Konsum ausgerichtete Arten von Entwicklung“ angesprochen, die die äußeren Grenzen der Natur schädigten. Das Forschungsprogramm der Dag-Hammerskjöld-Stiftung Mitte der 1970er Jahre vertiefte diesen Aspekt und stellte die Frage nach der Kompatibilität von der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen und der Tragfähigkeit der Ökosysteme. Der 1975 von der Stiftung vorgelegte Bericht mit dem Titel „What now - Another Development?“ hob insbesondere die sozialen Ungleichgewichte als Ursache von Umweltzerstörungen hervor. Während diese Ansätze eher im Schatten der Weltpolitik verblieben, fand der 1987 veröffentlichte sogenannte Brundtland-Bericht⁵ der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ (WCED) größere Beachtung. In ihm heißt es: „Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die den Bedürfnissen heutiger Generationen Rechnung trägt, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen, ihren eigenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, zu behindern“. Nachhaltige Entwicklung zielte dort auf die Integration von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft ab. Sie sei ein „Prozess ständigen Wandels, dessen Ziel darin besteht, die Ausbeutung der Ressourcen, den Investitionsfluss, die Ausrichtung der technologischen Entwicklung und die institutionellen Veränderungen mit künftigen und gegenwärtigen Bedürfnissen in Einklang zu bringen“. Was in sozialen Bewegungen, kritischer Wissenschaft und Politik schon länger diskutiert und

¹ Beitrag zu : Umweltkrise, Nord Süd-Konflikte, Lösungswege. Pankower Vorträge Heft 168, Hg: „Helle Panke“ e.V. Berlin 2012

² IUCN=International Union for the Conservation of Nature

³ UNEP= United Nations Environmental Program

⁴ UNCTAD=United Nations Conference on Trade and Development

⁵ Die von der UN eingesetzte „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ legte 1987 unter der Federführung der norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland einen Report mit der Überschrift: „Our common future“ vor, der in der Folge als Brundtland-Bericht bezeichnet wurde.

gefordert wurde, nämlich die integrative Betrachtung von globalen Umweltproblemen, Armut, Entwicklung und Konsummustern, wurde mit der Konferenz über Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) im Jahre 1992 in Rio endgültig welt-offiziell. „Nachhaltige Entwicklung“ bzw. „Nachhaltigkeit“ wurde zum allgemein anerkannten Ziel, dem sich 150 Regierungen in der Abschlusserklärung der Agenda 21 verpflichteten.

Danach explodierte die Debatte darüber, wie Nachhaltigkeit nun zu definieren, abzuleiten, zu konkretisieren, umzusetzen sei. Anerkannter Ausgangspunkt war lediglich das formale Ziel inter- und intragenerativer Gerechtigkeit. Um dieses Ziel überhaupt erreichen zu können, wurden folgende Grundregeln der Naturnutzung übereinstimmend für notwendig gehalten:

- Die Rate der Schadstoffemissionen darf die Kapazität der Schadstoffabsorption der Umwelt nicht übersteigen.
- Die Nutzungsrate erschöpflicher Ressourcen darf die Rate des Aufbaus sich regenerierender Ressourcen nicht überschreiten.
- Die Nutzungsrate sich erneuernder Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht übersteigen.
- Das Zeitmaß anthropogener Eingriffe muss in ausgewogenem Verhältnis zu der Zeit stehen, die die Umwelt zur selbst stabilisierenden Reaktion benötigt.

Dies sind allgemeine Kriterien der Naturbehandlung, die eine dauerhafte Naturnutzung auf einem zivilisatorisch anspruchsvollem Niveau und damit intergenerative Gerechtigkeit überhaupt möglich werden lassen. Über die Ausformung des intergenerativen, vor allem aber des intragenerativen Gerechtigkeitsanspruchs, des „gesellschaftlich Wünschbaren“, ist damit noch nichts gesagt. Innerhalb dieser basalen Naturnutzungsregeln sind verschiedenste Formen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses möglich. Entsprechend haben sich unterschiedliche Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der ökologischen Krise im Diskurs nach Rio herausgebildet.

Dass es auf einer derartig unbestimmten Basis keine konsensuale Operationalisierung des Konzepts geben konnte, sollte sich eigentlich von selbst verstehen, obwohl es immer wieder beklagt und eingefordert wurde. Allenfalls der Vorrang absoluter Armutsbekämpfung war im Anschluss an Rio konsensfähig. Damit war die Gemeinsamkeit der gesellschaftsstrukturellen Vorstellungen über nachhaltige Entwicklung erschöpft, auch wenn sich natürlich eine hegemoniale Interpretation von Nachhaltigkeit in unserer seit 1989 kapitalistisch dominierten Welt herausgebildet hat.

Agenda mainstreaming: Problemaufriss, Kritik und Integration

Die Veröffentlichungen auf globaler politischer Ebene, wie die „Agenda 21“ oder die Klimarahmenkonvention von Rio, zeichneten sich zunächst dadurch aus, dass sie grundlegende Probleme benannten. Die daran anschließenden Strategieelemente und Handlungsorientierungen sind aufgrund des politischen Kompromisscharakters dieser Ansätze in der Regel sehr allgemein gehalten oder soweit sie über Allgemeinplätze hinausgehen in sich wenig konsistent. Eine Diskussion von Widersprüchen und Konfliktlinien, womöglich eine begründete Entscheidung für einen bestimmten Weg ist in diesen Dokumenten selten zu finden. So stehen etwa in der „Agenda 21“ Erwartungen an weltweites Wirtschaftswachstum und die Einsicht in die Notwendigkeit von Konsumreduktionen, Forderungen nach Liberalisierung des Weltmarkts und dem Schutz kultureller Traditionen, die anvisierte Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft und eine Aufwertung der Gewerkschaften, die Propagierung der

entscheidenden Rolle der Kommunen und die Feststellung von der vorrangigen Verantwortlichkeit der Regierungen in unproblematisierter Form unschuldig nebeneinander. Die ans Naive grenzende Annahme von der Möglichkeit einer konfliktlosen Integration konkurrierender Ansprüche zeigte sich ebenfalls die in der Agenda 21 erhobene Forderung an die Kommunen, bis Ende 1996 (sic!) „einen Konsens hinsichtlich einer kommunalen Agenda 21 für die Gemeinschaft“ zu erzielen. Von einer durchdachten Nachhaltigkeitskonzeption kann bei diesen Dokumenten nicht gesprochen werden.

Ausgehend von der Konferenz von Rio diffundierte das Formalziel Nachhaltigkeit in alle territorialen Ebenen und gesellschaftliche Sektoren. Zunächst entstand eine wachsende Zahl von Nachhaltigkeitskonzepten auf nationaler Ebene, die sowohl von Regierungen als auch von zivilgesellschaftlichen Institutionen, etwa von Umweltverbänden, initiiert wurden.

Ein früherer Ansatz war die von der holländischen Umweltschutzorganisation „Milieudefensie“ erstellte Studie „Sustainable Netherlands“. Die Untersuchung besteht aus einer im wesentlichen naturwissenschaftlich-technischen Beschreibung eines Nachhaltigkeitsszenarios für die Niederlande im Jahre 2010, die auf einer kantianischen Ethik eines gleichen Umweltraums für jeden Menschen basiert. Ausgehend von den Prämissen globaler Verteilungsgerechtigkeit, kontinentaler Selbstversorgung und der Begrenzung des globalen Umweltraums wird berechnet, auf welches Niveau der Konsum eines durchschnittlichen Niederländers reduziert werden müsste. Trotz teilweiser drastischer Einschnitte in einzelnen Sektoren wie etwa Energieverbrauch, Mobilität oder Fleischkonsum kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass im Gesamtergebnis eine nachhaltige Lebensweise ohne „unannehmbare Einschränkungen“ möglich ist. Eine „Veränderung der menschlichen Kultur“ sei hingegen nötig, da Strategien der Effizienzsteigerung und des Strukturwandels der Produktion alleine nicht ausreichend seien. Als gesellschaftliche Implikationen der angemahnten Veränderung der Konsummuster werden zwar Probleme wie zum Beispiel die Einkommensverteilung, die Schwierigkeit einer Restriktion des globalen Handels oder die Bedürfnisausweitung durch Individualisierung angesprochen, ohne dass in ihnen jedoch grundsätzliche Barrieren gesehen werden.

Die vom Umweltverband BUND und dem kirchlichem Hilfswerk Misereor beim Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie in Auftrag gegebene Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“⁶ knüpfte an „Sustainable Netherlands“ an. 2008 wurde eine neue wesentlich erweiterte und aktualisierte Studie des Wuppertal Instituts von denselben Auftraggebern veröffentlicht – „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte“ (s.u.) Wie in der niederländischen Studie gehen die Autoren von der Notwendigkeit einer weltweiten Umverteilung von Naturverbrauch innerhalb eines begrenzten Umweltraums aus. Nur innerhalb dieser Grenzen des Wachstums dürfe sich der Mensch frei entfalten. Die Notwendigkeit einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs an Energie, Wasser, Boden, Material um 80-90% in den Industrieländern wird abgeleitet, auf eine exakte Quantifizierung des Pro-Kopf-Umweltraums jedoch im Unterschied zu „Sustainable Netherlands“ verzichtet. Schwerpunkt der Studie hingegen ist die Vorstellung eines neues

⁶ BUND/ MISEREOR (Hg.) 1996: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel u.a.

Wohlstandsmodells, das in erster Linie durch einen Wertewandel erreicht werden soll. Dazu gehören Leitbilder wie Entschleunigung, Lebensqualität durch Suffizienz und eine Neuproportionierung von Erwerbs- und Eigenarbeit. Als zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell skizzieren die Autorinnen zyklische Produktionsprozesse, „grünen Markt“, Regionalisierung, Sättigung, Tertiarisierung und Dekonzentration. Dem globalen Gerechtigkeitspostulat versuchen die Wuppertaler zu entsprechen, indem sie neben einer Entschuldung des Südens eine zwar nicht vollständige, jedoch weitgehende Entglobalisierung der Wirtschaft vorschlagen: Rückgang des Welthandels, Stärkung südlicher Lokalautonomie, Konzentration des (verbleibenden) Exports auf ökoeffiziente Produkte. Treffend charakterisierte Heins, dass „letztlich der Aufbau einer solidarischen immateriell orientierten Gesellschaft innerhalb des Kapitalismus“ angestrebt werde. Möglich gemacht werden soll der Wandel durch die „individuelle Einsicht in den Wert der Freiheit von materiellen Gütern“⁷. Hinzuzufügen ist, dass dies nach Ansicht der Verfasser der Studie nur auf der Grundlage einer gesamtgesellschaftlichen Einsicht geschehen kann, denn die politische Sphäre soll durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen die individuelle Suffizienz stützen. Das neue Wohlstands- und Produktionsmodell soll sich im Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen sowie durch viel Partizipation durchsetzen. Die Autoren adelten ihr Nachhaltigkeitsmodell mit der Zuschreibung synchroner Lösungskapazität für soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder der Krise der sozialen Sicherung, gleichsam als willkommener Nebeneffekt.

Postulierten „Sustainable Netherlands“ und „Zukunftsfähiges Deutschland“ in dieser Frühphase des Post-Rio-Diskurses noch substanzielle Änderungen der Wirtschafts- und Konsumstruktur, so waren die folgenden Konzepte von Sachverständigenräten, Enquete-Kommissionen und Regierungsinstitutionen eher durch Formelkompromisse und Rechtfertigungen des westlichen Gesellschaftsmodells gekennzeichnet, denen ökologische Verantwortung hinzu addiert wurde. So wurde etwa 1998 im Abschlussbericht der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung“ unter anderem Leistungsbereitschaft, solidarisches Versicherungsprinzip und Wachstum des Verteilungsspielraums als notwendig für die soziale Nachhaltigkeit der Gesellschaft abgeleitet. Der Idee einer nachhaltigen Entwicklung wurde ihre kritische Spitze genommen, auch durch ihre Interpretation als „regulative Idee“ - als Suchprozess, dem keine Substanz aufgedrückt werden dürfe.

In den Folgejahren wurde Nachhaltigkeit auf verschiedensten Ebenen in Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft thematisiert – oft, wenn auch nicht ausschließlich in weichgespülter Form. Insbesondere die Organisationen der Wirtschaft bemühten sich relativ schnell um eigene Konzepte und Deutungen, die auf einen technischen und profitablen Weg der beschleunigten, ökologisch orientierten Modernisierung der Produktion hinausliefen. Sie erkannten die Herausforderung des Nachhaltigkeitsdiskurses, der ja zunächst die Botschaft aussandte: „Eure Art zu Wirtschaften ist nicht nachhaltig, nicht zukunftsfähig“. Das durfte so nicht stehen bleiben.

Green Capitalism: Ökologische Modernisierung

War die weltwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren nach Rio noch geprägt durch eine Boom-Phase, an den der mainstream-Diskurs angesichts aufscheinender

⁷ Heins, Bernd: 1997: Die Rolle des Staates für eine nachhaltige Entwicklung der Industriegesellschaft, Berlin.

Umwelt- und Entwicklungsprobleme „nachhaltige Entwicklung“ korrigierend anhängen wollte, so kehrte sich dieses Verhältnis spätestens mit der seit 2008 manifesten Weltwirtschaftskrise um. Der Stillstand der Profitraten sollte gerade durch eine neue „ökologische“ Innovationswelle überwunden werden. „Investieren Sie in grüne Technologien statt in heikle Finanzprodukte!“ wurde den verunsicherten Anlegern nun empfohlen. Nachhaltige Entwicklung mutierte vom Anhängsel zum Zugpferd. Der *green capitalism* soll seine Frischzellenkur aus der forcierten technologischen Revolution, der Energiewende, der Kreislaufwirtschaft, tendenziell der kompletten Umstrukturierung der stofflichen und technologischen Grundlagen der Produktion bekommen. Eben das, was der Kapitalismus schon immer am besten konnte: Die Produktivkräfte permanent umwälzen. Die grundlegende Sozialstruktur freilich, die Herrschaftsverhältnisse, die Verteilung der Einkommen, das Konsummodell, die „imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand) des Nordens etc sollen dabei unangetastet bleiben. Allerdings erfordert die tendenzielle Verlagerung von Akkumulation auf die neuen grünen Industrien eine „Modifikation der Regulationsweise“⁸: Es muss verbindliche Vorgaben einer ökologisch orientierten Rahmensteuerung geben (z.B. Ökosteuern, Grenzwerte), die neue Nachfrage schaffen und Investitionssicherheit geben.

Den theoretischen Hintergrund liefert das maßgeblich von Joseph Huber und Martin Jänicke seit den 1980er Jahren entwickelte Konzept der „ökologischen Modernisierung“⁹, das prägend in den internationalen Nachhaltigkeitsdiskurs eingeflossen ist. Demnach entstehen die gegenwärtigen lebensbedrohlichen ökologischen Probleme durch unzureichend an Naturkreisläufe angepasste Technologien, wodurch Natur „falsch“ und übermäßig beansprucht wird. Die Produktionsmaschinerie öffnet ökologische Kreisläufe, ohne sie wieder zu schließen, sie „frisst“ vorn zu viel Natur in sich hinein und stößt hinten zu viel für die Natur Unverdauliches, wie eben z.B. CO₂-Emissionen wieder aus. Der Schlüssel zur Bewältigung der ökologischen Frage sind daher umfassende technologische Umweltinnovationen, die den industriellen Stoffwechsel so in Naturprozesse integrieren, dass er auch bei steigenden Stoffumsätzen naturverträglich bleibt. Nicht Naturbeherrschung an sich sei problematisch, sondern diese „falsche Philosophie“ des Umgangs mit Natur und Umwelt.

Der Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur müsse nicht nur bedeutend effizienter werden („Effizienzrevolution“), indem pro Quantum wirtschaftlich vernutzter Natur ein Mehrfaches an Nutzen erwirtschaftet wird. Vor allem müsse er qualitativ auf eine naturverträgliche („konsistente“) technologische Basis umgestellt werden. Nur so könnten auch größere Volumina von Stoffumsätzen - unvermeidlich durch wachsende Weltbevölkerung und nachholende Entwicklung der Schwellen- und Entwicklungsländer - ökologisch verträglich bewältigt werden. Das westliche Wachstums- Wohlstandsmodell könnte dann ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im globalen Maßstab fortgesetzt werden.

Das entscheidende Kettenglied in der Argumentation ist die technologisch-optimistische Annahme, dass es möglich sei, auf den angedeuteten Wegen einer „Effizienz- bzw. Konsistenzrevolution“ oder „dematerialisierter“ Wertschöpfung den Umweltverbrauch absolut von einer zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität zu

⁸ Vgl. IfG (Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS Berlin) 2011: Eine offene historische Situation. Konfliktlinien-Szenarien-Eingriffsmöglichkeiten, rls Standpunkte 38/2011

⁹ ausführlicher in: Adler, Frank/ Schachtschneider Ulrich 2010: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?“ Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Öko-Krise.

entkoppeln. Nicht „Grenzen des Wachstums“ oder „Wohlstand ohne Wachstum“ wären die gesellschaftlich relevanten Themen, sondern die „Grenzen wachsen lassen“ und „Wachsen im Einklang mit der Natur“¹⁰ als Prinzip technisch-ökonomischer Entwicklung, als unerschöpfliche Quelle von Wohlstand und als Schlüssel zur Lösung ökologischer und anderer globaler Probleme (Armut, Bevölkerungswachstum, nachholende wirtschaftliche Entwicklung).

Green New Deal: Grüne Arbeit, Umverteilung oder Entrümpelung?

„Green New Deal“ ist das aktuelle Stichwort, mit dem eine Antwort auf die Weltwirtschaftskrise propagiert wird, die den Anspruch erhebt, im Einklang mit der Idee nachhaltiger Entwicklung zu stehen. Der Post-Rio-Diskurs konkretisiert sich sozusagen aktuell in der Debatte um den Green New Deal. Die sprachliche Anlehnung an das historische Vorbild des New Deal verleiht ihm den Spirit von intelligenter Transformation und Machbarkeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Der New Deal, von Präsident Roosevelt in den 1930er Jahren begonnen und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von einer breiten gesellschaftlichen Koalition zur Regulationsweise des „Fordismus“ weiterentwickelt, bestand einerseits in einem staatlichen Investitionsprogramm in Infrastruktur, etwa Eisenbahnen und Bildung. Andererseits wurden Forderungen der Arbeiterbewegung nach Schutzrechten, würdigeren Löhnen und sozialer Sicherung vom Staat umgesetzt bzw. institutionell abgesichert. Der Deal bestand also in einer Wachstumskoalition zwischen Kapitaleignern und Lohnabhängigen: Es gab staatlich gestützt neue Aufträge für als gesellschaftlich sinnvoll angesehene Produkte, von denen alle profitierten.

Dieser Deal wurde möglich durch einen Eingriff des Staates in die Wirtschaft nach den Ideen von Keynes (Investitionen, institutionelle Sicherungen bei Löhnen, Altersversorgung etc). In der Retrospektive lässt sich feststellen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem erst mit diesem neuen „Gesellschaftsvertrag“, dem New Deal, aus seinen strukturellen Problemen der Kapitalverwertung, ausgedrückt in der tiefen Depression Anfang der 1930er Jahre, herauskommen konnte.

Der „Green New Deal“ möchte diesen welthistorischen Vorgang der Transformation der kapitalistischen Wirtschaft aktualisieren. Green New Deal ist jedoch nicht gleich Green New Deal. Gemein ist allen Ansätzen das Setzen auf einen neuen grünen Innovationszyklus. Die grüne industrielle Revolution soll durch direkte staatliche Investitionen in ökologische Infrastruktur einerseits sowie durch die Schaffung eines günstigen Rahmens für das Wachstum des Markts an „grünen“ Produkten und Dienstleistungen andererseits auf den Weg gebracht werden.¹¹ Ganz unterschiedlich wird jedoch die soziale Seite des Deals sowie die Wachstumsfrage konzipiert. Hier lassen sich drei Ansätze unterscheiden.

In der Hauptvariante, die nicht nur weite Teile der Partei DIE GRÜNEN, sondern inzwischen der größte Teil der politischen Klasse in Deutschland vertritt, besteht der Deal in der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und dem dazugehörigen *empowerment* der Arbeitnehmer, die aus den Alt-Industrien herausgedrängt sind oder es noch werden. Durch Erhöhung der Bildungsausgaben und -chancen sollen

¹⁰ Ralf Fücks 2011: Das Wachstum der Grenzen – Vom Weg in die ökologische Moderne nach dem Vorbild der Natur. In: Böll Thema 2/2011, S. 4-6.

¹¹ Prototypisch dafür etwa: Heinrich-Böll-Stiftung 2009 (Hg.): Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und die Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderungen. Berlin. www.boell.de

die von Ausschließung Bedrohten wieder in die (Arbeits-)Gesellschaft hereingenommen werden. Dies ist gleichzeitig funktional notwendig, denn die neuen grünen Arbeitsplätze erfordern ungemein höhere Qualifikationen als die alten massenindustriellen Fertigungslinien. Die soziale Frage als Verteilungsfrage hingegen gilt als weitgehend gelöst, eben durch den historisch längst vollzogenen New Deal. Der durch die Bepreisung von Umweltgütern zu erwartende und gewollte Anstieg der Preise für Wohnen, Mobilität und viele andere Konsumgüter wird nicht als soziales Problem, etwa als Verschärfung sozialer Ungleichheit gesehen. Da alle Arbeit bekommen werden, könne auch jeder mit den höheren Preisen leben. Zudem reifen durch den Innovationsschub günstigere umweltschonende Alternativen heran.

Der „sozial-ökologische New Deal“ oder „sozial-ökologischer Gesellschaftsvertrag“, wie ihn etwa die Linkspartei fordert, basiert ebenso auf dem Mix von staatlichen Investitionen einerseits und der staatlichen Anregung von privaten grünen Investitionen andererseits. Diese Investitionen sollen jedoch durch „regulatorische Vorgaben“, also ordnungsrechtliche Gebote und Verbote über zulässige Techniken und Grenzwerte angestoßen werden. Der zweite Unterschied besteht in der Rolle von Umverteilung von Arbeit und Einkommen, etwa der 30-Stunden-Woche als Normalvollarbeitszeit bei Lohnausgleich, einer hohen sozialen Sicherung, Mindestlöhnen etc. Die Umverteilung löse gleichzeitig den Knoten im Investitionsstau, da die bisher schwache Binnennachfrage angeregt wird. Finanziert werden soll dies durch höhere Steuern für Wohlhabende und Unternehmen. Damit ähnelt sich das Soziale dieses Deals stark dem historischen Vorläufer. Auch im New Deal wurden Steuern erhöht, um Investitionen zu finanzieren, trugen höhere Löhne zur Steigerung der Binnennachfrage bei. Das Soziale des Deals wird hier also ganz anders gedacht, sowohl normativ als auch funktional. Gemeinsam ist dem „Grüne Arbeit“ - Deal des Mainstreams und dem „Umverteilungs“-Deal der Linken allerdings die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum als Löser von Wirtschaftskrise und ökologischer Krise.

Eine dritte Variante wird in der neuen Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ dargelegt, welche als Aktualisierung der 1996 erschienenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (s.o.) darstellt. Im Rahmen eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ sind die „Bürger als Unternehmer und Konsumenten aufgerufen, einen Teil ihrer Kapital- und Komfortmacht an die Natur und die Schlechtergestellten auf dem Globus abzutreten.“¹² Es soll also ökologischer produziert werden und umverteilt werden. Die Autorinnen schreiben: „Deshalb wird eine Umweltpolitik, die nicht gleichzeitig auch Sozialpolitik ist, keinen Erfolg haben“. Wenn durch die Bepreisung von Umweltgütern die „soziale Ungleichheit nicht weiter aufreißen soll, werden eine neue Arbeits- und Teilhabepolitik sowie Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen dringlich.“¹³ Neben einer Orientierung auf Arbeitsmarktintegration und Teilhabe wird hier im Unterschied zu den Varianten des Green New Deal mit Wachstum die Verteilungsfrage gestellt, weil die Autoren offensichtlich eine andere Einschätzung der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Ökologie haben: „Die Wachstumsorientierung steht in starker Spannung zur Nachhaltigkeit. Zwar kann der ökologische Umbau der Industriegesellschaft einen Wachstumsschub auslösen. Aber der notwendige Rückbau des fossilen Ressourcenverbrauchs um 80 bis 90 Prozent bis zum Jahr 2050 wird sich kaum mit einer Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts – was einer geringen jährlichen

12 BUND, EED (Hg.) 2008: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt a.M., S. 607

13 ebd.: S. 609

Wachstumsrate von 1,5 % entspräche – vereinbaren lassen. Zukunftsfähigkeit erfordert deshalb, schon heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.¹⁴ Dazu werden neue Wohlstandsmodelle des „Weniger ist Mehr“, des „Simplify your life“, der „Entrümpelung“ (Paech) etc propagiert, die ohnehin dringend notwendig für ein besseres Leben sind. Anders als im „Grüne Arbeit“ -Deal und im „Umverteilungs“- Deal gehen die Wuppertaler Autoren davon aus, dass sich Ressourcenverbrauch und Wachstum nicht dauerhaft entkoppeln lassen und daraus die Forderung nach einem neuen Wohlstandsmodell erwächst. Es ist ein „Entrümpelungs“- Deal.

Nachhaltige Entwicklung im Kapitalismus: Bestenfalls naiv?

Im Diskurs nach Rio gibt es freilich eine Reihe linksorientierter fundamental-kritischer Ablehnungen der dort propagierten Möglichkeit einer nachhaltigen Entwicklung. Ohne die Einsicht in und den Willen zur Änderung basaler Konstruktionsfehler der kapitalistischen, patriarchalischen, industrialistischen, herrschaftlichen Gesellschaft etc sei der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ mehr oder weniger bewusste Irreführung oder irrelevante Kosmetik („Putzarbeiten auf der Titanic“), bestenfalls naive Illusion.¹⁵ Gleiches gelte ergo auch für einen Green New Deal, der seinem Anspruch nach einer Produktion im Rahmen ökologischer Grenzen ernsthaft gerecht werden will.

So konstatieren z.B. Müller/Passadakis in ihren „20 Thesen gegen den grünen Kapitalismus“¹⁶, jede marktgetriebene Wirtschaftsordnung bringe einen „Kollisionskurs mit der Biosphäre“. Die Unmöglichkeit der Entkopplung von Wachstum und Naturverbrauch wird auch begründet mit der empirischen Entwicklung im grünen werdenden Kapitalismus der letzten 20 Jahre nach Rio, bei der trotz gesteigerter Öko-Technik diese Entkopplung eben nicht stattgefunden habe, die Emissionen gestiegen seien.¹⁷

Doch nicht nur die Wachstumsdynamik des Marktes wird als Ursache angeführt. Aus Sicht der „radikalen Herrschaftskritik“ etwa, wie sie maßgeblich von Theoretikerinnen und Aktivistinnen der internationalistischen Solidaritätsbewegung verfochten wird, ist die ökologische Krise verursacht durch eine herrschaftlich strukturierte Gesellschaft, die zu Ihrer Aufrechterhaltung Menschen und Natur rücksichtslos ausbeuten muss, da ein aufgeblähter Herrschaftskonsum entsteht: Mittel, die z.B. für Unterdrückungsapparate, für Reibungsverluste durch Konflikte oder für Konsum verbraucht werden, der lediglich unterdrückte Selbstverwirklichungs- und emotionale Grundbedürfnisse kompensiert.

Für die ökofeministische »Subsistenzperspektive« ist die ökologische Krise im patriarchal-kapitalistischen Weltsystem angelegt, hauptsächlich in dessen ausbeuterisch-kolonialen Herrschaftsverhältnis gegenüber der Natur, Frauen und Völkern der sog. Dritten Welt. Grenzenloses Streben nach Kapitalakkumulation,

14 BUND, EED (Hg.) 2008: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Einblicke. S. 25

15 eine ausführliche Darstellung der im folgenden nur kurz angedeuteten Denkrichtungen für fundamentale Systemwechsel zur Bearbeitung der ökologischen Krise findet sich in: Adler/Schachtschneider 2010

16 Müller, Tazio/ Passadakis, Alexis 2008: 20 Thesen gegen den grünen Kapitalismus <http://climateactioncafe.wordpress.com/2008/12/05/20-theses-against-green-capitalism>

17 Kaufmann, Stefan; Müller, Tazio: Grüner Kapitalismus, Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin 2009

schränkenlose Bedürfnisse und ein dadurch angetriebener lebensfeindlicher technischer „Fortschritt“ zerstören naturverträgliche subsistente Produktionsweisen, vor allem im Süden. Die Alternative hierzu ist eine gesellschaftlich eingebettete, weitgehend deglobalisierte Wirtschaft, in der das für ein „gutes Leben“ Notwendige (Nahrung, Kleidung, Wohnen etc.) im Zentrum steht.

Nach dem Konzept »Ökosozialismus« wie es von Saral Sarkar, Bruno Kern und der Initiative „Ökosozialismus“ vertreten wird, ist die Fortsetzung des wachstumsfixierten Entwicklungstyps mit großen zivilisatorischen Gefahren verbunden, wie etwa der von Kriegen um den Zugang zu immer knapper werdenden Ressourcen. Ein Schrumpfen der Weltwirtschaft auf das Niveau eines ökologisch verträglichen Gleichgewichtszustands mit der Natur ist friedlich, demokratisch und ohne soziale Ängste nur in einer ökosozialistischen Gesellschaft möglich. Sie ist frei von Wachstumszwang, in ihr sind die wichtigsten Produktionsmittel vergesellschaftet, was wirtschaftliche Rahmenplanung und egalitäre Verteilung ermögliche.

Die Industrialismuskritik, in den 1980er und 1990er Jahren prominent von Rudolf Bahro vertreten, hat das Mensch und Natur gleichzeitig zerstörende Zusammenwirken von technisch-rationaler Industrieproduktion, egoistischer kapitalistischer Wirtschaft und unerfüllten menschlichen Grundemotionen wie Liebe, Anerkennung und Gemeinschaft im Focus. Die Alternative dazu sind eine Kultur der Genügsamkeit und liebevollen Zuwendung sowie gemeinschaftliche Strukturen, die ihre Grundversorgung mit einfachen technischen Mitteln umweltschonend und human produzieren. Der Weg aus der Krise kann begonnen werden mit der persönlichen Umkehr, der Hinwendung zu Werten der Sanftheit und Ganzheitlichkeit, etwa in der Praxis von Landkommunen und anderen Gemeinschaftsprojekten.

Eine sozial-ökologische Regulation des Kapitalismus?

Im Gegensatz zu diesen Fundamentalkritiken steht eine Theorie, die diejenigen Varianten des Green New Deal, die mehr wollen als „grüne Arbeit“ durch grüne Technologieschübe, nicht allein im Reich des „Wünsch dir was!“ lokalisieren: Der Ansatz einer historischen Abfolge von Regulationsweisen. Kapitalistische Gesellschaften werden verstanden als in Grenzen gestaltbare historische Formationen mit unterschiedlichen Phasen und mit Verzweigungen für Entwicklungspfade. Andere, weniger ökologisch riskante und ungerechtere „Kapitalismen“ seien vorstellbar und durch politische und kulturelle Transformationsprozesse erreichbar. Diese könnten auch anknüpfen an ohnehin anstehenden „Brüchen“, wie etwa dem sich abzeichnenden Ende des Ölzeitalters oder auch Tendenzen des Wertewandels. Dementsprechend ist die Aufhebung kapitalistischer Verhältnisse keine zwingende, aktuelle Voraussetzung, um die existenziellen ökologischen Krisen zu bewältigen.

Nach Alain Lipietz etwa wäre ein sozial-ökologischeres Akkumulationsregime durch einen Innovationsschub bei ökologischer Technik, eine Wiedereinbindung des Finanzsektors sowie eine stärkere Ausrichtung auf die Region möglich. Die dazu passende gesellschaftliche Regulation könne u.a. bestehen aus erneuerten Formen der Solidarität (z.B. bedingungslose Grundsicherung), fairen Löhnen, Partizipation in Wirtschaft und Politik, einer sozialökologischeren Rahmung des Marktes und einer erweiterten Sphäre öffentlichen Eigentums.

Andere regulationstheoretisch argumentierende Autoren (z.B. Altvater, Brand, Görg) sehen in einer sozial-ökologischeren Regulation allerdings lediglich eine mögliche Übergangsphase in eine postkapitalistische Gesellschaft. Denn letztlich führten Kapitalakkumulation, Wachstumsimperativ und Naturbeherrschung immer wieder zur

Übernutzung natürlicher Ressourcen. Auch die Autorinnen vom Wuppertal-Institut äußern allerdings ihren Zweifel, ob das alles im Kapitalismus möglich sein wird. Das 21. Jahrhundert werde für den auf Ausscheidungskonkurrenz programmierten Kapitalismus zu einem „Prüfstein besonderer Art“: Nur wenn er es „schafft, Wertschöpfung bei sinkenden Güterquantitäten zu betreiben, kann er sich eine Chance auf Zukunftsfähigkeit ausrechnen.“¹⁸ In der Tat kann nicht vorausgesagt werden, an welchen Punkten eine sozial-ökologischere Regulation mit der Dominanz kapitalistischer Akkumulation kollidieren wird. Frank Adler und ich haben deshalb diesen Ansatz als „Phasenwechsel mit offenem Ausgang“ bezeichnet.

20 Jahre nach Rio: Diskurs wieder gesellschaftskritischer

20 Jahre nach Rio ist der Nachhaltigkeitsdiskurs wieder gesellschaftskritischer geworden. Der Optimismus schwindet, Produktion und Konsumtion könnten vorrangig auf technischem Weg so stark von Umweltverbrauch entkoppelt werden, dass auch wachsende Wirtschaften innerhalb ökologischer Leitplanken verbleiben und die CO₂ – Reduktionsziele der Industriestaaten eingehalten werden können – ansonsten aber könne alles gesellschaftlich und kulturell im Wesentlichen so bleiben, wie es ist. Symptomatisch dafür ist die wiederbelebte Debatte über die ökologischen Grenzen, den sozialen Sinn und wirtschaftlichen Nutzen von Wirtschaftswachstum. Auch die Zukunftsfähigkeit des kapitalistisch geprägten Wachstums- und Wohlstandsmodells wird wieder grundsätzlicher in Frage gestellt, weit über das sich als links oder sozialistisch verstehende Spektrum hinaus. Allerdings sind – das ist wohl bei dieser Verflüssigung herrschender Deutungskonfigurationen unvermeidlich – auch zunehmend rechtsradikale Vereinnahmungen von Kapitalismus- und Wachstumskritik zu beachten, etwa im Rahmen der Finanzmarkt- oder der Zinskritik. Hiermit wird sich die Linke auseinandersetzen müssen.

Dies wird sie am besten können, wenn sie eine eigene Alternative jenseits einer fundamentalistischen, aber praktisch folgenlosen und daher hilflosen Kapitalismus-Kritik entwickeln kann. Ein guter Begriff dafür ist der eines „sozial-libertären Green New Deal“, wie ihn das Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS vorgeschlagen hat.¹⁹ Er muss zeigen, wie ökologische Rahmensteuerung mit Umverteilung nach unten und einer Ausweitung persönlicher Freiheiten so verbunden werden können, dass die propagierten neuen Wohlstandsmodelle des Weniger auch jenseits kleiner, aber feiner Milieus ein für die Mehrheit der Gesellschaft attraktives Ziel darstellen und dafür anschlussfähige Einstiegsprojekte entwickeln. Ein solcher sozial-libertärer Green New Deal nimmt die Fundamentalkritik am ökologischen Diskurs nach Rio auf, ohne sie zu totalisieren. Er bedeutet faktisch die Zurückdrängung von Herrschaft, Patriarchat, Industriemacht und Kapitaldominanz – ob dies nun auf einem Transparent geschrieben steht oder nicht.

Diese Tendenzen der Zurückdrängung sind elementar für eine revolutionäre, eine „umwälzende“ Realpolitik. Denn weder der Kapitalismus mit seiner ihm inhärenten *Dominanz* von Kapitalverwertung und Profitprinzip noch in anderer Weise herrschaftliche Gesellschaften werden dauerhaft in der Lage sein, die Wirtschaft innerhalb der ökologischen Leitplanken zu halten, also nicht zu nachhaltiger Entwicklung fähig sein. Was allerdings weder heißt, dass Kapitalverwertung oder Markt prinzipiell schädlich sind, noch dass diese Prinzipien nicht für den

¹⁸ BUND/EED (Hg.) 2008: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Frankfurt/M..S. 246

¹⁹ vgl. IFG 2011

Phasenwechsel zum sozial-ökologischen Umbau genutzt werden können/müssen/dürfen.

Ulrich Schachtschneider, Dipl.-Ing. Dr. rer.pol, Oldenburg

Freier Sozialwissenschaftler, Autor und Energieberater, beschäftigt sich mit Nachhaltigkeitskonzepten und sozialer Umweltpolitik.

Aktuelle Veröffentlichung (zusammen mit Frank Adler): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München 2010

ulrich.schachtschneider@gmx.de